

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Saben & Comp., Nr. 1208

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 36,00 M., unter Streifenband für Deutschland monatlich 26,00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25261. Beisatzzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5 gelblichste Komparativzeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3 gelblichste Komparativzeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Bestätigung zur Aufnahme an vorhergehenden Tagen. Für Briefrücklegung 60 Pf.

Nr. 55

Dresden, Montag den 6. März 1922

33. Jahrg.

## Der Wettlauf der Preise

Springhaft sind in den letzten Wochen die Preise der notwendigsten Bedarfsgegenstände gestiegen, so daß alle Lohn- und Gehaltssteigerungen hoffnungslos hinter der immer ärger werdenden Verteuerung der Lebenshaltung zurückbleiben. Unter andern sind auch die Getreide- und Mehlpreise sehr in die Höhe gegangen. An der Berliner Produktionsbörse wurden für 50 Kilogramm Weizen bezahlt: am 20. Dezember 1921 338 M., am 21. Februar 1922 580 M. und am 1. März 1922 bereits 610 bis 615 M. Ebenso sind die Roggenpreise gestiegen. Es wurden gezahlt: für 50 Kilogramm Roggen am 20. Dezember 1921 275 M., am 21. Februar 1922 442 M. und am 1. März 1922 461 bis 468 M. Die Ursachen der Preissteigerungen liegen auf der Hand. Wir haben, abgesehen von der Getreidemenge, die freie Wirtschaft und deshalb ist die Annäherung unserer Inlandpreise an die Weltmarktpreise nicht zu vermeiden. Auch so mander, der einst nach der freien Wirtschaft schrie, macht jetzt der Regierung Vorwürfe, weil sie gegen die Preissteigerungen nichts tut. Die Regierung hat aber, soweit die freie Wirtschaft besteht, kaum eine Möglichkeit, auf die Preissteigerung einzuwirken.

Vollständig reicht unsere Ernte nicht aus, um unseren Bedarf an Brotgetreide zu befriedigen. Wir müssen ausländisches Getreide zu Hilfe nehmen und es würde allen wirtschaftlichen Gelehrten und Erklärungen widersprechen, wenn die Preise des ausländischen Getreides sich nicht annähernd ebenso hoch stellen wie die Preise des ausländischen Getreides. Erzeuger und Händler im Inland sind nicht geneigt, ihr Getreide billiger zu verkaufen als das ausländische Getreide gleicher Qualität, und da wir die freie Wirtschaft haben, besteht für sie keine Verpflichtung, ihr Getreide zu einem bestimmten Preis abzugeben. Diese Angleichung der inländischen Getreidepreise an die Auslandspreise war notwendig, als die Zwangswirtschaft gelodert wurde und alle diejenigen, die für Aufhebung der Zwangswirtschaft eingetreten sind, haben kein Recht, sich über die Folgen, die sich jetzt zeigen, zu beklagen. Leider können wir noch nicht einmal damit rechnen, daß die Preissteigerungen in absehbarer Zeit ihr Ende erreichen. Gerade in den letzten Tagen ist der Dollar wieder erheblich gestiegen, und daraus ergibt sich mit Notwendigkeit eine weitere Steigerung der Getreidepreise und damit eine Verteuerung der ganzen Lebenshaltung. Stehen doch die Preise der verschiedenen Erzeugnisse miteinander im engsten Zusammenhang. Wenn die Preise für Brotgetreide höher werden, steigen natürlich auch die Futtermittelpreise, und wenn die Futtermittelpreise steigen, wächst für den Landwirt der Futtermittelwert der Kartoffeln und die Kartoffeln werden teurer. Eine weitere Folge ist dann auch eine Erhöhung der Milch-, Butter- und Fleischpreise. So bewegt sich die Schraube ohne Ende mit größter Schnelligkeit immer weiter nach oben. Die Bemerkungen, die zur Zeit der Zwangswirtschaft eine zu schnelle Aufwärtsbewegung der Preise verhindert, sind gefallen. Erzeuger und Händler haben geglaubt, nicht zum wenigsten, weil leider zu große Teile unsers Volkes wirtschaftlichen Fragen völlig verständnislos gegenüberstehen und in den Ruf „Hört mit der Zwangswirtschaft!“ einstimmten.

In einem Augenblick in der Preisbewegung könnten wir nur gelangen, wenn endlich einmal dem Sinken der Marktsinnlichkeit ein Ende gemacht wird. Im Augenblick ist noch nicht abzusehen, wie die neuen Vereinbarungen mit der Entente über die Sachleistungen auf den Stand unsers Geldes wirken werden. In jedem Falle aber wäre eine Wirtschaftspolitik notwendig, die darauf hingiele, unsere Wälsche zu heben. Wir müssen versuchen, die Einfuhr aller irgendwie entbehrlichen Dinge einzudämmen, obgleich Maßnahmen, die derartigen Stellen dienen sollen, wenig beliebt sind und deswegen sich Regierung und Volkswirtschaften nur schwer dazu entschließen, das Notwendige zu tun. Bei dem Stand unserer Handelsbilanz müssen wir den Luxus auf härteste bekämpfen und unsern Verbrauch an alkoholischen Getränken, an Tabak und Schokolade, Kaffee und andern Genussmitteln aufs äußerste einschränken. Da alle können Neben nichts nützen, müßten vom Staat Zwangsmaßnahmen durchgeführt werden, durch die die Einschränkung des Verbrauches erzwingen wird. Dringend notwendig wäre auch eine Beschränkung der Zahl unserer Schweine die sich seit dem Jahre 1918 um sechs Millionen vermehrt hat. Berkwindet doch in den Schweinemägen ein großer Teil der Kartoffeln auf den die Bevölkerung in den Großstädten und Industriebezirken vergeblich wartet. Aber gegen Maßnahmen zur Einschränkung des Verbrauchs erhebt sich regelmäßig nicht nur aus Erzeuger- und Händlerkreisen, sondern auch aus den Verbraucherkreisen entschiedener Widerstand. Wir haben leider über die Erziehung nachzudenken müssen, daß zwar jeder über die Räte der Zeit sich im Pf, daß aber im allgemeinen die Bevölkerung nicht bereit ist, sich die Beschränkungen aufzulegen, die notwendig sind, damit wir wieder zu besseren Verhältnissen kommen.

Für die wirtschaftliche Zukunft des deutschen Volkes ist es von großer Wichtigkeit, daß die Erträge unserer Vorräte durch sorgfältige Bearbeitung und Verwertung bedeutend gesteigert werden, damit die ausländische Zufuhr von Nahrungsmitteln nicht so groß zu sein braucht. Aber die Wirkung, die eine Erhöhung unserer Bodenfruchtbarkeit auf unsere Handelsbilanz und auf den Stand unserer Wälsche ausüben könnte, würde sich bestenfalls erst im Laufe des nächsten Jahres zeigen.

Gefordert muß werden, daß dem agrarischen Verlangen nach Beseitigung der letzten Reste der Zwangswirtschaft nicht nachgegeben wird, es wird im Gegenteil dringend notwendig sein, daß die Getreidemenge in nächster Jahre höher bemessen und auch eine Kartoffelmenge eingeführt wird. Den Landwirten muß wieder die Pflicht auferlegt werden, so viel Getreide und Kartoffeln zu erträgtlichen Preisen abzuliefern, daß wenigstens der notwendigste Bedarf der Bevölkerung gedeckt ist. Aber freilich, auch derartige Maßnahmen würden erst im nächsten Jahre wirken. Für die kommenden Wochen und Monate aber sind die Ausichten außerordentlich trübe. Es wäre eine Verheerung der Wahrheit, wenn man nicht offen sagte, daß es zur Zeit keine wirksamen Mittel gibt, um der wachsenden Verteuerung der Lebenshaltung entgegenzutreten. Die Folgen der schweren Fehler untrer Wirtschaftspolitik lassen sich eben nicht von heute auf morgen wieder beseitigen. Den Angestellten Arbeitern und Beamten bleibt zunächst nichts weiter übrig, als den jermühenden Kampf für die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Kosten der Lebenshaltung immer wieder von neuem aufzunehmen.

Von unsern Regierung und Volkswirtschaften muß gefordert werden, daß sie endlich eine Wirtschaftspolitik einschlagen, die wenigstens in der Zukunft die fortdauernde Verteuerung der Lebenshaltung eindämmt. Zur Erreichung dieses Zieles fordern wir:

1. Die Erhöhung der Getreidemenge.
2. Einführung einer Kartoffelmenge.
3. Rückfälligen Kampf gegen den Luxus.
4. Verhinderung der Einfuhr entbehrlicher Waren.

### Zwangsanleihe und Getreideaufkäufe

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Sonnabend mitag, zusammen, um den Bericht über die mit dem Reichskanzler und dem Finanzminister geführten Verhandlungen über die Zwangsanleihe entgegenzunehmen. Eine eingehende Stellungnahme der Fraktion zu den Plänen des Reichsfinanzministeriums wird erfolgen, sobald das Gutachten des Reichswirtschaftsrates vorliegt und die übrigen Parteien ihre Auffassung näher dargelegt haben. Allgemein wurde eine schnelle Berücksichtigung der Steuererlöse aus außerpolitischen Gründen für notwendig erachtet. Gleichzeitig beschäftigte sich die Fraktion mit der Brotversorgung und den Getreidepreisen. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig ist, von der Regierung eine Verordnung zu verlangen, nach der die bereits erfolgten Getreideaufkäufe der neuen Ernte, soweit sie zu außergewöhnlich hohen Preisen erledigt wurden, für ungültig erklärt werden. Sollte sich die Regierung zu einer entsprechenden Verordnung nicht entschließen, so wird erwartet, daß den Ländern die Ermächtigung erteilt wird, die zu abnormen Preisen getätigten Verkäufe für ungültig zu erklären. Weiter stellte sich die Fraktion auf den Standpunkt, daß dahin gewirkt werden muß, für das neue Erntejahr eine erhöhte Getreidemenge zu gebundenen Preisen zu erreichen.

### Anträge der sächsischen Regierung

Von dem sächsischen Wirtschaftsministerium wird mitgeteilt, daß die sächsische Regierung bereits bei der Reichsregierung beantragt hat, die Getreidemenge, die jetzt nur 2 1/2 Millionen Tonnen beträgt, für die nächste Ernte auf 4 1/2 Millionen Tonnen zu erhöhen. Auch die Einführung einer Kartoffelmenge ist von Sachsen gefordert worden.

## Kapp will sich stellen

Der Hauptführer des verbrecherischen Märzputsches schreibt aus Schweden, daß er am 1. März dem Reichsgericht seine Vereitwilligkeit erklärt habe, sich unter Leistung einer Sicherheit von 100.000 Mark gegen Gewährung freier Geleits und Vernehmung von der Untersuchungshaft zu stellen. Es heißt weiter in dem Brief:

Grundsätzlich stehe ich nach wie vor auf dem Standpunkt, daß eine Regierung, die den Verfall der Wälsche lediglich einem tatsächlich begangenen Hoch- und Landesverrat verdankt, weder das Recht hat, über Hochverrat zu Gericht zu sitzen, noch irgendwelchen Anspruch darauf erheben darf, daß ein durch sie beschuldigter Beschuldigter Recht bei ihr sucht.

Obwohl mir eine Ausfertigung der gegen Regierungspräsident v. Jagow ergangenen Reichsgerichtsentscheidung vom 21. Dezember 1921 noch nicht vorgelegen hat, entscheide ich doch dem mir darüber inzwischen bekanntgewordenen Inhalt, daß ein Heßspruch des Reichsgerichts gegen Herr v. Jagow ist nach meiner Überzeugung mit Unrecht zu langjähriger Freiheitsstrafe verurteilt. Die gegen ihn ergangene Entscheidung ist endgültig. Da mir aber aus derselben Veranlassung die gleiche Handlung zur Last gelegt wird, wie die besagte Person Herr v. Jagow verurteilt worden ist, so läßt ein neues gegen mich durch Reichsgericht verfahren tatsächlich die gleiche Verantwortung aus, als habe eine Revision des Jagow-Prozesses statt. Ehre und Gewissen gebieten mir daher, für den Verurteilten einzutreten. Demgegenüber haben alle grundsätzlichen Erwägungen, die mich bisher von einer Selbstentlassung abgehalten haben, zu schweigen.

General Freiherr v. Bülow und die anderen im Auslande festgehaltenen Herren, die am März-Unternehmen beteiligt gewesen sind, werden dem natürlichen Antrieb ihrer vornehmsten Bestimmung entsprechend,

Um der Vermeidung von Getreideausgängen, hat das sächsische Wirtschaftsministerium bereits vor mehreren Monaten auf der Zusammenkunft der Ernährungsminister in Oldenburg beantragt, daß aus dem deutschen Getreide nur noch zwei Sorten Mehl hergestellt werden sollen, zu 85 Prozent und zu 90 Prozent ausgemahltes Mehl. Das 85prozentige Mehl könnte zur Herstellung des Markenbrotens dienen, während das 90prozentige Mehl für Krankebrot gut geeignet wäre. Heute wird das Mehl vielfach niedriger als zu 90 Prozent ausgemahlen, so daß ein Teil des Mehles in die Mäse kommt und dadurch für die menschliche Ernährung verloren geht. Trotzdem keine sachlichen Gründe gegen den sächsischen Vorschlag vorgebracht werden konnten, wurde auf der Konferenz der Ernährungsminister der sächsische Antrag gegen die Stimmen von Sachsen, Anhalt und einigen Hanfsachsen abgelehnt. Man sieht daraus, wie sehr den deutschen Regierungen das notwendige Verständnis für die wichtigsten Ernährungsfragen fehlt.

### Agrarische Drohungen!

Auf der Tagung des Landbundes der Provinz Sachsen wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Die im Landbunde vereinigten 280.000 Landwirte der Provinz Sachsen erklären ihre Bereitwilligkeit, sich dem Hülfswerke der deutschen Landwirtschaft anzuschließen. Vorbedingung ist, daß die Hände des schaffenden Landmannes nicht länger durch die Fesseln der Zwangswirtschaft gebunden bleiben. Der Landbund fordert daher eine sofortige eindeutige Erklärung der Regierung, daß diese wirtschaftliche Fesseln im neuen Erntejahr wegfällt. Er erklärt, daß er bei der Aufbringung einer neuen Umlage, falls in veredelter Form, unter keinen Umständen mitwirken wird.“ Also: die Agrarier der Provinz Sachsen werden eine etwaige neue Getreidemenge in diesem Jahre sabotieren. Sie wollen die volle ungehemmte Wachstumsfreiheit erzwingen.

## Sozialdemokratie, Steuern und Herr Hermes

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 6. März. Sämtliche Kommunistenparteien, die an den Steuerarbeiten beteiligt sind, haben sich für die Notwendigkeit der raschen Erhebung erklärt. Schwierigkeiten sind bei den Bestimmungen über die Erhebung der Zwangsanleihe zu erwarten. Hier gehen die Auffassungen auseinander, aber sie sind immerhin nicht weit, um ihre Wege das Kabinett aus dem Spiel zu legen. Die Frage, ob Herr Hermes Finanzminister wird oder Ernährungsminister bleibt, ist gleichfalls nicht ausschlaggebend für die Zukunft der Regierung. Die Sozialdemokratie ist sich darüber einig, daß Herr Hermes für sie als Reichsernährungsminister gänzlich unerträglich und, soweit wir informiert sind, ist der Reichskanzler von dieser Auffassung der größten Partei Deutschlands bereits unterrichtet worden. Solange sich kein Reichsfinanzminister findet, der bereit ist, die schwierigen Geleits zu erledigen, wird man sich leider mit Herrn Hermes als Chef der deutschen Finanzen abfinden müssen.

Die Frage der Reichstagsauflösung als Abkühlung der Parteipolitik und Beratungen steht auch wieder zur Erörterung. Wir können uns mit dieser Auffassung keineswegs einverstanden erklären. Eine Auflösung des Reichstages bedeutet Aktionsunfähigkeit der deutschen Regierung, und das zu einer Zeit, wo große politische Fragen ihre Regelung erwarten, wo die Reichsregierung im Begriffe ist, eine Revolution nach Genoa zusammenzurufen und die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Was uns im Augenblicke not tut, sind verantwortungsvolle Parteien, ist eine aktionsfähige Regierung. Die Reichstagsauflösung, sondern dem Kabinett zu einem neuen Sinne zu verhelfen, das wird das Prinzip der Sozialdemokratie bei den Beratungen der Steuern sein.

den Wunsch haben, meinem Beispiel zu folgen und gleichzeitig mit mir in Schweden zu erscheinen. Sie alle bitte ich dringend, ihren von Abstand zu nehmen und mir als politischem Haupt des März-Unternehmens in diesem Falle den Vortritt zu lassen. Aus ähnlichen Gründen, wie sie jetzt für mein Vorgehen maßgebend sind, können sie sich später immer noch stellen, falls sie dies dann noch geboten erachten. Ihre Interessen werden von mir in Schweden, ohne ihrer etwaigen künftigen Stellungnahme irgendwie vorzugreifen, als wären sie meine eigenen, wahrgenommen werden.

Der Brief ist unterzeichnet: Wolfgang Kapp, Königl. Preuss. Bäcklicher Geheimen Oberregierungsrat. Mit dieser „Königlich preussischen“ Unterschrift sucht Kapp vergebens die Lausache zu vertuschen, daß Preußen seit über drei Jahren eine Republik ist und daß der Versuch einer Wiedereinführung der Monarchie (Kapp-Putsch) auf den geschlossenen Widerstand des deutschen arbeitenden Volkes gestoßen ist. Ebenso vergebens spielt Kapp den „Geldten“, der in „echt deutscher Zucht“ für seinen Wälschler Jagow einsteht. Gerade der Jagow-Prozess hat uns ja die Kapp-Gelben in ihrer ganzen „Morie“, d. h. in ihrer ganzen Feigheit enthüllt. Und Kapp selbst hat uns den Beweis seiner „Loyalität“ bereits erbracht durch seine — Flucht nach Schweden.

Kapp rüht sich ja auch herzlich wenig, wenn er zurückkehrt. Bei dem eigenartigen „Rechts“empfinden unserer Justiz kann er vielmehr sicher sein, daß man ihm nicht allzu wehe tun wird. Und darüber hinaus hat er die sichere Gewissheit, durch seine Freunde bald wieder befreit zu werden. Die Flucht der Putsch-Verbrecher dürfte keine größeren Schwierigkeiten bereiten, als die der Kriegsverbrecher.